Artikel 1

Der Verein trägt den Namen „bestattungsverein.at“ und hat seinen Sitz in Innsbruck.

Artikel 2

Der Verein verfolgt den ideellen und nicht auf Gewinn gerichteten Zweck, die Trauerkultur zu fördern und pietätvolle Bestattungsdienstleistungen (einfache und standesgemäße, nicht jedoch unverhältnismäßig aufwendige) ohne große finanzielle Belastung zu ermöglichen. Der Verein ist gemeinnützig und nicht auf Gewinn gerichtet.

Artikel 3

Der Vereinszweck soll verwirklicht werden durch Durchführung von Bestattungsleistungen, Abhalten von Vorträgen und Veranstaltungen, durch Veröffentlichung von Informationen und allen damit direkt oder indirekt zusammenhängenden Maßnahmen, die der Verein selbst erbringt oder durch Dritte erbringen läßt. Die Zusammenarbeit mit Bestattungsunternehmen ist möglich und soll bevorzugt mit Unternehmen erfolgen, die weder von der früheren Bedarfsprüfung noch von einer faktischen monopolähnlichen Stellung profitieren. Der Verein kann örtliche oder kulturelle Sektionen bilden.

Artikel 4

Der Verein finanziert sich über Mitgliedsbeiträge, Spenden, Subventionen und sonstige Zuwendungen, sowie Entgelte für gegenüber Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern erbrachte Dienstleistungen. Vereinsgelder können auch in Form von Vorsorge-Versicherungen oder sonst zweckmäßig angelegt werden, Entgelte dürfen nur den Vereinsaufwand decken und keinen Gewinn abwerfen.

Artikel 5

Die Mitgliedschaft wird erworben durch ausdrückliche Erklärung und Annahme dieser Erklärung durch den Verein. Die Mitgliedschaft wird beendet durch ausdrückliche Erklärung des Mitglieds und Zugang dieser Erklärung an das Leitungsorgan oder durch einen länger als 18 monatigen Zahlungsrückstand hinsichtlich des Mitgliedsbeitrages oder eines Teils davon oder durch den Ausschluß des Mitgliedes oder durch den Tod des Mitgliedes. Ein Ausschluß ist nur bei groben Pflichtverstößen (wie dem Vereinszweck zuwiderlaufende Handlungen) möglich und kann nur durch Mehrheitsbeschluß der Mitglieder- bzw. Delegiertenversammlung und gleichzeitiger Zustimmung des Leitungsorganes und – falls vorhanden – des Aufsichtsorganes erfolgen.

Bei Beendigung der Mitgliedschaft besteht kein Anspruch – auch kein anteiliger - auf Rückerstattung der Mitgliedsbeiträge oder Leistungen aus angelegten Geldern. Der Mitgliedsbeitrag für das begonnene Geschäftsjahr wird jedenfalls zur Gänze fällig.

Artikel 6

Jedes Vereinsmitglied hat neben den jeweils zwingenden gesetzlichen (z. B. Einberufung der außerordentlichen Mitgliederversammlung, wenn zumindest 10 % der Mitglieder dies wünschen) die folgenden Rechte: Teilnahme an der Mitgliederversammlung, Stimmabgabe, Einsichtnahme in den Bericht der RechnungsprüferInnen. Die Rechte auf Teilnahme an der Mitgliederversammlung und auf

Stimmabgabe kommen sinngemäß den Delegierten zu, wenn die Willensbildung durch Delegierte der Sektionen erfolgt. In diesem Fall haben alle Mitglieder das Recht, das Sitzungsprotokoll einzusehen (Veröffentlichung auf der Website).

Jedes Vereinsmitglied hat zumindest die folgenden Pflichten: Pünktliche Bezahlung des Mitgliedsbeitrages, Wahrung des Ansehens des Vereins, und regelmäßige Informationseinholung durch Besuch der Website des Vereins (www.bestattungsverein.at). Zusätzlich sollen Mitglieder nach Möglichkeit bei der Durchführung von Bestattungsdienstleistungen helfen und den Vereinsgedanken verbreiten.

Artikel 7

Die Organe des Vereins sind die Mitgliederversammlung und das aus zwei – höchstens drei – Personen bestehende Leitungsorgan, die Bestellung eines Aufsichtsorganes ist durch Mehrheitsbeschluß der Mitgliederversammlung möglich. RechnungsprüferInnen sind gem. den gesetzlichen Bestimmungen von der Mitgliederversammlung zu bestellen, kommt keine Mitgliederversammlung zustande, werden sie vom Leitungsorgan bestellt, wobei dem Aufsichtsorgan ein Vetorecht zukommt. Die Bestellung der Rechnungsprüfer gilt immer für ein Rechnungsjahr.

Gibt es im Verein zumindest vier Sektionen oder fünfzig Mitglieder und drei Sektionen, erfolgt die Willensbildung durch die Delegiertenversammlung; dieser kommen sinn- und gesetzesgemäß die Rechte, Pflichten und Aufgaben der Mitgliederversammlung zu. Jede Sektion entsendet einen Vertreter als Delegierten, diese Delegierten zusammen bilden die Delegiertenversammlung, auf welche die Bestimmungen über die Mitgliederversammlung sinngemäß anzuwenden sind.

Die Mitgliederversammlung bestellt durch Mehrheitsbeschluß das Leitungsorgan, wobei das Leitungsorgan sich als Team der Wahl stellt und einzelne Mitglieder in mehreren Teams vertreten sein dürfen. Weitere Aufgaben der Mitgliederversammlung sind: die Änderung der Statuten, die Bestellung eines Aufsichtsorganes nach dem Verfahren für die Bestellung des Leitungsorgans, die Entscheidung, ob ein Aufsichtsorgan bestellt werden soll, die Festlegung eines Höchstsatzes für den Mitgliedsbeitrag und die Entscheidung darüber, ob ein Höchstsatz festgelegt werden soll, weiters die Bestellung der RechnungsprüferInnen. Beschlußfassungen finden immer nur auf Antrag zumindest eines Mitgliedes oder des Leitungsorgans oder des Aufsichtsorganes statt.

Das Leitungsorgan bestellt (mittels Dienstvertrag) eine geschäftsführende Person (welche möglichst die Befähigungsprüfung für das Bestattungsgewerbe absolviert haben sollte) oder führt die Geschäfte selbst. Das Leitungsorgan vertritt den Verein nach außen, sofern aber eine geschäftsführende Person bestellt ist, übernimmt diese die Vertretung des Vereins nach außen. Ohne anderslautende schriftliche Bestimmung, ist eine geschäftsführende Person einzelvertretungsberechtigt, das Leitungsorgan hingegen gesamtvertretungsberechtigt. Zur Geschäftsführung zählen auch die Festsetzung der Mitgliedsbeiträge und die Einberufung der Mitgliederversammlung alle vier Jahre. Eine geschäftsführende Person darf Mitglied im Leitungsorgan sein.

Bis zur Bestellung des Leitungsorganes übernehmen die Gründer dessen Aufgaben.

Artikel 8

Das Leitungsorgan wird von der Mitgliederversammlung durch Mehrheitsbeschluß der anwesenden Mitglieder bestellt, wobei sich die wahlwerbenden Leitungsorgane als Team der Wahl stellen und einzelne Personen in mehreren Teams vertreten sein dürfen. Die Funktionsperiode des Leitungsorganes beträgt vier Jahre.

Eine Sektion wird durch Antrag von mindestens zwei sektionsbildenden Mitgliedern und Genehmigung dieses Antrages durch das Leitungsorgan oder den Geschäftsführer gebildet. Die Genehmigung kann erteilt werden, wenn die Sektionsbildung zweckmäßig erscheint. Ein Recht auf Bildung einer Sektion besteht jedoch nicht. Besteht eine Sektion länger als 6 Monate durchgehend aus weniger als drei Mitgliedern, so kann diese Sektion vom Leitungsorgan oder der geschäftsführenden Person aufgelöst werden.

Ein Aufsichtsorgan wird von der Mitgliederversammlung analog dem Verfahren bezüglich des Leitungsorgans bestellt, wobei die Funktionsperiode vier Jahre beträgt und das Aufsichtsorgan aus drei Personen besteht.

Artikel 9

Die Mitgliederversammlung (bzw. Delegiertenversammlung) ist beschlußfähig, wenn sie drei Wochen zuvor auf der Website des Vereins angekündigt worden ist und zumindest zwei Mitglieder (Delegierte) innerhalb von 20 Minuten nach Beginn erscheinen. Beschlüsse werden durch Mehrheitsentscheidung gefaßt. Für den Beschluß über die Auflösung des Vereins ist die Anwesenheit von zumindest 20 Prozent der Mitglieder (Delegierten) oder 30 Mitgliedern (Delegierten) notwendig und die Zustimmung von 70 Prozent der anwesenden Mitglieder (Delegierten).

Das Leitungsorgan ist beschlußfähig, wenn mindestens zwei Mitglieder anwesend sind.

Das Aufsichtsorgan ist beschlußfähig, wenn zumindest drei Mitglieder anwesend sind.

Artikel 10

Streitigkeiten aus dem Vereinsverhältnis sollen zunächst durch einen Schlichtungsversuch vor einem Schiedsgericht gelöst werden, wobei jede Streitpartei einen Schiedsrichter wählt und die gewählten Schiedsrichter einstimmig einen zusätzlichen Oberschiedsrichter wählen, der bei Stimmgleichheit den Ausschlag für die Entscheidung gibt. Die Entscheidung des Schiedsgerichts schließt den Rechtsweg nicht aus, kommt das Schiedsgericht nicht innerhalb von drei Wochen zu einer Entscheidung oder kommt innerhalb dieser Frist gar kein Schiedsgericht zustande, steht der Rechtsweg jedenfalls offen.

Artikel 11

Der Verein kann sich durch Beschluß der Mitgliederversammlung (Artikel 9) freiwillig auflösen, wobei das vorhandene Vereinsvermögen samt den übertragbaren Rechten einer gemeinnützigen Organisation mit ähnlichem Zweck übertragen werden muß und keinesfalls geldwerte Gewinne oder sonstige Zuwendungen an die Mitglieder verteilt werden dürfen. Kann keine gemeinnützige Organisation mit ähnlichem Zweck ausfindig gemacht werden, kann das Vereinsvermögen einer gemeinnützigen Organisation des Hospiz- oder Palliativwesens übertragen werden.